

1. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Gesetzgebung, Kontrolle und die Strafverfolgung von Tierschutzvergehen in Niedersachsen zu verbessern?

CDU	FDP	Grüne	SPD
<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die für den Vollzug des Tierschutzes zuständigen Behörden dauerhaft in der Lage sind, ihre Aufgaben umfassend ausüben zu können. Hierzu werden wir dafür Sorge tragen, dass der Bedarf der entsprechenden Institutionen an professionellen, gut ausgebildeten, rechtlich sachkundigen und unabhängigen Personen weiterhin vollumfänglich gewährleistet ist.</p>	<p>Die landwirtschaftlichen Betriebe in Niedersachsen sind in umfassender Betreuung durch Tierärzte und weitere Behörden, die verpflichtet sind, Missstände in der Tierhaltungen unverzüglich zu melden. Bei offiziell festgestellten Tierschutzverstößen fordern wir, dass unverzüglich und konsequent gehandelt wird.</p>	<p>Im Großen und Ganzen besteht hinsichtlich der Gesetzeslage kaum Handlungsbedarf bzgl. der Verschärfung von Strafen wegen Tierschutzvergehen. Einzelne Fälle, insbesondere aus dem Haustierbereich, zeigen immer wieder, dass die Gesetze, sofern sie von den Gerichten vollumfänglich angewandt werden, meist ausreichend sind. Leider kommt es vor allem im Bereich der (industriellen) Nutztierhaltung selten zu einer ernsthaften Strafverfolgung und Ahndung von Tierschutzverstößen. Daher muss zum Einen die Kontrolldichte deutlich erhöht werden und Überprüfung viel öfter unangemeldet stattfinden und durch rotierendes Personal stattfinden. Darüber hinaus ist die in Niedersachsen existierende Schwerpunktstaatsanwaltschaft personell und finanziell zu stärken, um den gestiegenen Aufkommen, insbesondere was die Aufwertung von Bildmaterial angeht, nachzukommen. Mildere Urteile, aufgrund einer durch die Behörden verursachten überlangen Verfahrensdauer, darf es nicht mehr geben. Insbesondere bei großen Tierschutzskandalen, entfalten Einstellungen und Geldstrafen keine abschreckende Wirkung auf andere.</p>	<p>Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode auch weiterhin für mehr Tierschutz einsetzen und haben dazu auch bereits einige Punkte in unserem Wahlprogramm aufgeführt. Die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Tierschutz wäre dabei noch zu prüfen. Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass Verstöße gegen geltende Regelungen und Gesetze auch entsprechend von den Vollzugsbehörden geahndet werden.</p>